



Dr. Georg Erber ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Wettbewerb und Verbraucher. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Politikberatung: Jedermann dienstbar, niemandem untertan

„Jedermann dienstbar, niemandem untertan“ – mit diesem Anspruch hat der damalige DIW-Präsident Ferdinand Friedensburg in den 50er Jahren eine Maxime gesetzt, die heute wieder besonderes Gewicht hat. In Zeiten langanhaltender Wirtschafts- und Finanzkrisen ist wissenschaftliche Politikberatung gefragter denn je. Aber immer öfter wird der Einfluss von Lobbyorganisationen auf politische Entscheidungen und Gesetzesinitiativen beklagt. Umso wichtiger ist es, dass die Öffentlichkeit darüber informiert wird, wenn in Studien und Meinungen nicht zuletzt aufgrund der Finanzierung durch entsprechende Interessenvertreter nur scheinbar unabhängige wissenschaftliche Ergebnisse erarbeitet und als solche kommuniziert werden.

Aus den schlechten Erfahrungen mit der Einflussnahme auf die Finanzmarktregulierung in den USA hat die American Economic Association den Schluss gezogen, sich einen verbindlichen Ethikrahmen zu geben, der Wissenschaftler verpflichtet, etwaige Abhängigkeiten von Finanziers und Interessengruppen offenzulegen. Damit soll es der breiteren Öffentlichkeit sowie Politikern, insbesondere dem Parlament und den Parteien, auf einfache Art und Weise ermöglicht werden, zu erkennen, ob hier Interessen kollidieren können und Fragestellungen und/oder Ergebnisse entsprechend gefärbt sein könnten.

Auch der Verein für Socialpolitik – die zentrale Vertretung der Wirtschaftswissenschaften in Deutschland – hat sich durch seinen Vorsitzenden, Michael Burda, für einen analogen Ethikkodex ausgesprochen. Wissenschaftliche Politikberatung ist für die Öffentlichkeit nur glaubwürdig, wenn sie frei vom Verdacht ist, aufgrund von Finanz- und Lobbyinteressen zu argumentieren.

Gelenkte Interessen dürfen keine Grundlage für wissenschaftliche Politikberatung sein. Gleiches gilt für lukrative Beraterverträge und Aufträge für Gutachten – erst recht nicht, wenn die Verbindung für Außenstehende nicht zu erkennen ist. Die Wissenschaft kann ihren Beitrag leisten, indem sie sich an einen Ethikkodex bindet, der Transparenz

schaft. Es bedarf aber auch der Bereitschaft der Politiker, sich unabhängigen Rates routinemäßig zu bedienen.

In den letzten Jahren ist eher ein gegenläufiger Trend feststellbar: Es scheint, dass sich die Politik immer weniger auf den unabhängigen Rat der Wissenschaft verlässt, sondern zunehmend andere Quellen der Beratung nutzt. So werden immer öfter Unternehmensberatungen eingeschaltet, im Falle der Hartz-Kommission war dies beispielsweise McKinsey. In den USA gibt es für die enge Verbindung zwischen der Investmentbank Goldman Sachs und den US-Regierungen – gleich welcher Couleur – bereits einen geläufigen Spitznamen: „Government Sachs“. Dazu passt, dass sich aus dem Council of Economic Advisors des Weißen Hauses immer wieder Wissenschaftler enttäuscht zurückziehen, da auf ihre Empfehlungen kaum geachtet wird.

Um die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Politikberatung sicherzustellen, ist ebenfalls eine angemessene Finanzierung der Wissenschaftler in der Politikberatung notwendig. Wenn aber die Einwerbung von Drittmitteln zum alles entscheidenden Leistungsindikator für den Karriereerfolg von Wissenschaftlern wird, wie an manchen Universitäten beobachtet werden kann, besteht immer wieder die Gefahr der zu starken Abhängigkeit der Forschung und Beratung. Dabei geht es nicht nur um die Gefahren, die von kommerziellen oder regierungsamtlichen Auftraggebern ausgehen. Bei der rein akademisch gesteuerten Drittmittelvergabe dominiert – zwangsläufig und in jeder Disziplin – der aktuelle Mainstream. Und dieser ist gegenüber unorthodoxen Fragestellungen definitionsgemäß wenig aufgeschlossen. Wenn Drittmittel die Grundfinanzierung zunehmend ersetzen, muss deswegen sichergestellt werden, dass auch Nicht-Mainstream-Forschungen angemessen gefördert werden. Alles andere als eine einfache Aufgabe für die Forschungsförderung.

Der 11. März war der vierzigste Todestag Ferdinand Friedensburgs. Sein Leitgedanke für das DIW Berlin ist so aktuell wie in den letzten 50 Jahren.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
79. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Susanne Marcus
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill
Lana Stille

Lektorat

Alexander Eickelpasch
Kai-Uwe Müller
Prof. Dr. Anne Neumann

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
Susanne Marcus
Tel. +49-30-89789-250
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.